

CDU-Fraktion im Stadtrat Frankenberg/Sa.
Andreas Schramm • Dr.-Wilhelm-Külz-Str. 23 • 09669 Frankenberg

An den

Vorsitzenden des Stadtrates

Herrn Bürgermeister Thomas Firmenich

09669 Frankenberg/ Sa.

Andreas Schramm

1. Stellvertretender Bürgermeister

Vorsitzender der CDU-Fraktion

Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes

Dr.-Wilhelm-Külz-Str. 23 • 09669 Frankenberg/Sa.

Tel.: 034327 / 625 116 oder 0172 / 80 24 57 3

Fax: 034327 / 625 125

Mail: andreas.schramm@walther-gmbh.com

Internet: www.cdu-frankenberg-sachsen.de

Frankenberg, den 18.04.2023

Sitzung des Stadtrates am 26.04.2023

Antrag der CDU-Fraktion – geänderte Fassung 2 - NEU

„Beschluss zur Änderung der Trägerschaft der Gedenkstätte KZ Sachsenburg“

Die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat Frankenberg bekennt sich zur Errichtung der Gedenkstätte „KZ Sachsenburg“.

Dazu beauftragt der Stadtrat den Bürgermeister, zeitnah einen Antrag zur Übernahme der Trägerschaft der Gedenkstätte nach § 2 (6) des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes an die „Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft“ zu stellen.

Begründung:

Der Stadtrat Frankenberg bekennt sich mit der Entscheidung zur Errichtung einer Gedenkstätte zur Geschichte des ehemaligen frühen Konzentrationslagers in Sachsenburg. Er setzt damit ein deutliches Zeichen der Mahnung und Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten, an Unterdrückung, Unmenschlichkeit und Folter. Sachsenburg hebt sich von den anderen authentischen Orten der Geschichte des Nationalsozialismus ab, weil sich in den Jahren von 1933 bis 1937 in der ehemaligen Zwirnerei und teilweise auch auf dem Schloss Sachsenburg das bedeutendste frühe KZ in Sachsen befand, das man auch als einen Vorläufer von Buchenwald bezeichnen kann. Dort wurden nicht nur politisch Andersdenkende, Juden, Zeugen Jehovas, katholische und evangelische Geistliche, „Kriminelle“ und sogen. „Asoziale“ in „Schutzhaft“ genommen, sondern auch Wachmannschaften militärisch ausgebildet sowie SS-Kommandanten ausgewählt und auf ihre „Karrieren“ z.B. in Buchenwald oder Lublin-Majdanek vorbereitet.

Die Stadt will mit der Errichtung der Gedenkstätte ein würdiges Denkmal zu Ehren der Opfer der nationalsozialistischen Diktatur schaffen, die Erinnerung wachhalten und durch politische Bildung dafür Sorge tragen, dass sich derartiges niemals wiederholt.

Jedoch hat sich gezeigt, dass die Stadt Frankenberg den Anforderungen für die Betreibung der Gedenkstätte KZ Sachsenburg nicht gerecht werden kann. Eine Gedenkstätte zu betreiben, gehört nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben, sie überfordert die Stadt einerseits finanziell und andererseits personell. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sich die Stadt beim Planen und Errichten der Gedenkstätte in einem besonderen politischen Spannungsfeld befindet, mit dem eine Kleinstadt wie Frankenberg leicht überfordert werden kann.

Dies ist auch in Zukunft beim Betreiben der Gedenkstätte zu erwarten, insbesondere bei den noch nicht vorliegenden Folgekosten, bei der die Stadt Frankenberg/Sa. mindestens 10% der dann entstehenden Betreibungskosten zu tragen hat.

Um die Arbeit der Gedenkstätte auf hohem Niveau und politisch überparteilich aufnehmen zu können und dauerhaft zu gestalten, bedarf es der Kompetenz und Erfahrung der Sächsischen Gedenkstättenstiftung, in Verbindung mit dem zuständigen Ministerium des Freistaates Sachsen.

Der vorliegende Beschluss soll den Bürgermeister der Stadt Frankenberg/Sa. legitimieren, mit der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten einen Weg zur Übernahme der Trägerschaft zur Betreibung der Gedenkstätte einzuschlagen.

Mit freundlichen Grüßen


Andreas Schramm
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Anlage(n): -

KLARE WERTE FÜR UNSERE HEIMAT.

Alle Neuigkeiten auf [facebook.de/cdufrankenbergsachsen!](https://facebook.de/cdufrankenbergsachsen)